Objekttyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **34 (1955)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **08.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

34. JAHRGANG
HEFT 1/2
JANUAR/FEBRUAR

ROTE REVUE

JULES HUMBERT-DROZ

Kampfjahr 1955

Für uns Sozialisten sind eigentlich alle Jahre Kampfjahre. Wir hören nie auf, für die gerechten Forderungen der werktätigen Massen, für Freiheit, Frieden und einen höheren Lebensstandard des Volkes zu kämpfen. Warum also soll das Jahr 1955 ein besonderes Kampfjahr sein?

Verschiedene Abstimmungen und Wahlen werden im Jahre 1955 den Stimmbürgern die Gelegenheit geben, dringend notwendig gewordene Wandlungen in der schweizerischen Politik zu vollziehen. Die Politik der bürgerlichen Parteien und ihrer parlamentarischen Mehrheit ist seit einigen Jahren mehr und mehr reaktionär geworden. Sie schützt und fördert die Interessen der großen kapitalistischen Minderheit auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten, der Bauern, der Mieter und Konsumenten.

Die andauernde Hochkonjunktur, die riesigen Industrie- und Handelsgewinne sowie die gewaltige Erhöhung der Arbeitsproduktivität würden es erlauben und rechtfertigen, das Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung zu steigern. Die daraus folgende Steigerung der Kaufkraft des Volkes wäre von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Hochkonjunktur und der Vollbeschäftigung.

Die bürgerlichen Parteien weigern sich jedoch, auf sozialem Gebiet eine fortschrittliche Politik zu befolgen. Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik ist fast ausschließlich auf die Entlastung der oberen Schicht und auf eine stärkere Belastung der großen Mehrheit des Volkes gerichtet.

Seit Kriegsende hat sich die Politik unseres Landes wesentlich nach dieser Richtung geändert; ihre Verschlechterung hat zu einer Krise in den Beziehungen zwischen den großen Parteien geführt. Die Demission von Bundesrat Dr. Max Weber und die vorübergehende Rückkehr der Sozialdemokratischen Partei in die Opposition war nur eine Folge dieser politischen Krise. Die Abstimmung vom 6. Dezember 1953 hat die latente Krise in ein akutes Stadium und an die Öffentlichkeit gebracht.

Was hat sich an der Politik der bürgerlichen Parteien geändert? In einer ersten Periode, nach den Nationalratswahlen 1943, hat sich die bürgerliche